

Datum: 02.11.2020

Gutachten des Difu bescheinigt erheblichen Finanzbedarf

Kommunen brauchen jährlich 610 Millionen Euro für Straßen

Erhebliche Mängel an den Gemeindestraßen in Sachsen-Anhalt

Magdeburg .- Ein Investitionsstau von etwa 3,7 Mrd. Euro und Unterhaltungsrückstände von weiteren rund 505 Mio. Euro sind das vorläufige Ergebnis eines Gutachtens des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin zur Lage der Gemeindestraßen in Sachsen-Anhalt. Das Gutachten auf Basis einer Befragung bei den Städten und Gemeinden im Sommer 2020, das im Auftrag des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt (SGSA) erstellt wurde, befindet sich derzeit in der Endabstimmung. „Schon jetzt zeigt sich aber schlaglichthaft, welche erhebliche Lasten auf die Kommunen in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren zukommen“, betonte SGSA-Präsident, Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper. „Vor dem Hintergrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge muss der Landtag sich jetzt der Aufgabe stellen, ein neues System der Finanzierung kommunaler Straßen zu entwickeln“!

Rund 37 Prozent und damit mehr als ein Drittel der Gemeindestraßen in den antwortenden Kommunen befinden sich in einem sehr schlechten oder schlechten Zustand und nur rund 31 Prozent in einem guten oder sehr guten Zustand. Das Difu hat den Umfang des gemeindlichen Straßennetzes in Sachsen-Anhalt mit rund 17.700 km ermittelt. Hinzu kommen land- und forstwirtschaftliche Wege von 16.500 km und rund 2.000 km straßenunabhängige Rad- und Geh-

wege. „Daraus folgern wir“, so Jürgen Leindecker, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, „dass sich in Sachsen-Anhalt mehrere Tausend Kilometer des gemeindlichen Straßennetzes in desolatem Zustand befinden.“

Besorgniserregend seien vor allem auch der Zustand der Brücken im kommunalen Straßennetz, erläuterte Dr. Trümper. „Brücken können wir nicht einfach auf Verschleiß fahren“, betonte Trümper. „Hier muss rechtzeitig gehandelt werden, um Unfälle und Schäden zu verhindern.“ Für die Brücken in Sachsen-Anhalt beziffert das Difu den Investitionsbedarf bis 2025 auf rund 635 Mio. Euro.

Nach den Hochrechnungen des Difu entfallen von dem mit insgesamt ca. 3,7 Mrd. Euro bezifferten Investitionsbedarf bis 2025 etwa 3,5 Mrd. Euro auf Investitionen für Straßenausbaumaßnahmen. Hieraus lasse sich, so Trümper, 2020 eingeschlossen, ein jährlicher Investitionsbedarf in Straßenausbaumaßnahmen von über 570 Mio. Euro ableiten. Diese Bedarfe müsse der Landesgesetzgeber angemessen berücksichtigen. „Die im Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgesehenen 15 Mio. Euro Kompensation stehen im krassen Widerspruch zum tatsächlichen Bedarf“, so der SGSA-Präsident.

Der Instandhaltungs- und Unterhaltungsbedarf bis 2025 wird im Gutachten mit 505 Mio. Euro beziffert. Das Difu ermittelte für die Jahre 2016 bis 2019 durchschnittliche Investitionen der Städte und Gemeinden von rund 147 Mio. Euro sowie Instandhaltungsmaßnahmen von rund 43 Mio. Euro. Diese Summen, so SGSA-Landesgeschäftsführer Jürgen Leindecker, würden den erheblichen Investitions- und Unterhaltungstau der vergangenen Jahre aufzeigen. „Das gemeindliche Straßennetz ist bereits auf Verschleiß gefahren worden“, betont Leindecker. Die Gründe hierfür seien vor allem die unzureichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Verschärft werde die Situation durch die steigende Belastung der gemeindlichen Straßen durch Lkw- und Schwerlastverkehr.

Städte und Gemeinden benötigten neben einer angemessenen Kompensation der gemeindlichen Einnahmeausfälle im Falle der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge dringend ein Gesamtkonzept zur Sicherstellung der Refinanzierung des kommunalen Straßenbaus, forderten Trümper und Leindecker ein. Andernfalls drohe das gemeindliche Straßennetz auf Vorwende-Niveau zurückzufallen. Trümper und Leindecker erinnerten an die erst im Frühjahr im Landeshaushalt

2020/2021 vorgenommene komplette Streichung der Investitionsmittel für den kommunalen Straßenbau. „Den Bürgern muss deutlich gesagt werden, dass das Straßennetz unter diesen Bedingungen noch weiter verschlissen wird“, resümierte Dr. Trümper.